O-11 Schutz der Demokratie & konsequente Abgrenzung von Menschenfeindlichkeit in Koalitionsverhandlungen

Antragsteller*in:	Johannes Mihram (LV Berlin)
Tagesordnungspunkt:	O TOP 02 - Verantwortung übernehmen, Orientierung geben, Vertrauen gewinnen
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Antragstext

Die Landtagswahlen im September haben eine besorgniserregende Entwicklung gezeigt: Die politischen Ränder wurden gestärkt und Populismus ist auf beiden Seiten des Spektrums mehrheitsfähig geworden. Dies gefährdet das demokratische System, da die Kompromissfindung als Kern der Demokratie zunehmend erschwert wird. Parallel dazu nehmen Rassismus, Queerfeindlichkeit, Antisemitismus und andere Formen der Menschenfeindlichkeit zu, insbesondere im rechten Spektrum. Exemplarisch stehen hierfür die Zusammenarbeit der CDU mit der rechtsextremen AfD in Heidenau zur Verhinderung von Holocaust-Gedenken, die ständigen rassistischen Entgleisungen von Friedrich Merz, das rechtspopulistische Genderverbot der CDU-Familienministerin Prien sowie die Untergrabung des Rechtsstaats durch den CDU-Bundesinnenminister Dobrindt, der sich nicht an Gerichtsurteile gebunden fühlt. In Sachsen-Anhalt hat die CDU die letzten Reste einer Brandmauer eingerissen, indem sie sehr wahrscheinlich der rechtsextremen AfD an die Macht verholfen hat.

Wir als Grüne stehen für eine wirksame Antidiskriminierungspolitik. Wir bekennen uns dazu, strukturellem Rassismus in allen staatlichen Institutionen entgegenzutreten und betrachten die Bekämpfung von Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus und jeder Form der Menschenfeindlichkeit nicht nur als Diskriminierungsschutz, sondern als fundamentale Verpflichtung unseres Rechtsstaates.

Die Möglichkeiten für stabile Regierungskoalitionen werden durch den zunehmenden Populismus begrenzt. Die Landtagswahl in Berlin hat jedoch gezeigt, dass eine grüne Regierungsbeteiligung nicht bedeuten muss, menschenfeindliche Tendenzen bei Partner*innen stillschweigend zu akzeptieren. Durch eine gemeinsame Erklärung zur Distanzierung von Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit sowie durch interne Mechanismen zum Fraktionsausschluss bei antisemitischen Äußerungen innerhalb der Linken wurde hier ein wirksamer Standard gesetzt.

Die Bundesdelegiertenkonferenz fordert die Bundesparteispitze auf, für alle künftigen Regierungsbeteiligungen auf Bundesebene (z. B. mit der CDU oder der Linken) folgende Bedingungen als Norm zu etablieren:

1. Gemeinsame Werteerklärung: Vor Abschluss eines Koalitionsvertrages muss eine verbindliche Vereinbarung unterzeichnet werden, in der sich alle

beteiligten Parteien explizit und umfassend von Antisemitismus, Rassismus und jeder Form der Menschenfeindlichkeit distanzieren.

2. Konsequenzen bei Verstößen: In diese Vereinbarung ist ein Mechanismus aufzunehmen, wonach wiederholte rassistische oder antisemitische oder andere menschenfeindliche Äußerungen von Abgeordneten einer Koalitionspartei zum Ausschluss aus der jeweiligen Fraktion führen. Dafür wird ein auch ein Verwarnsystem vereinbart.

So können wir Grüne auch in Zeiten zunehmender Polarisierung und Menschenfeindlichkeit weiterhin für unsere Werte einstehen und trotzdem unserer Verantwortung für stabile und demokratische Regierungsbildungen nachkommen.

Einfache Sprache

Was wir über die Lage sagen:

Im September gab es Wahlen in mehreren Bundesländern.
Dabei haben Parteien am rechten und linken Rand mehr Stimmen bekommen.
Auch Populismus hatte Erfolg. Populisten machen einfache Versprechen und geben anderen die Schuld.
Wir sehen darin eine Gefahr für die Demokratie. In der Demokratie müssen Parteien Kompromisse finden. Das wird schwieriger.
Außerdem gibt es mehr Hass auf Menschengruppen. Das gilt besonders für Rassismus, Hass auf queere Menschen und Hass auf Jüdinnen und Juden. Wir sehen das vor allem im rechten Lager.

Beispiele, die der Text nennt:
In Heidenau hat die CDU mit der AfD zusammengearbeitet. Dadurch wurde ein Gedenken an den Holocaust verhindert. Die AfD ist laut Text rechtsextrem.
Friedrich Merz hat sich oft rassistisch geäußert.
Die CDU-Familienministerin Prien hat Gendern verboten. Der Text nennt das rechtspopulistisch.
Innenminister Dobrindt (CDU) hält sich nicht an Gerichtsurteile. Das schadet dem Rechtsstaat.
In Sachsen-Anhalt hat die CDU die Brandmauer eingerissen. Mit Brandmauer ist gemeint: Man arbeitet nicht mit der AfD zusammen. Der Text sagt, die CDU habe der AfD sehr wahrscheinlich an die Macht geholfen.

Was wir wollen
Wir wollen wirksam gegen Diskriminierung vorgehen.
Wir wollen Rassismus in allen staatlichen Stellen bekämpfen.
Wir wollen auch gegen diese Dinge vorgehen: Hass auf Jüdinnen und Juden, Sexismus, Hass auf queere Menschen und Benachteiligung von Menschen mit Behinderung.
Das ist für uns mehr als Schutz vor Benachteiligung. Es ist eine wichtige Pflicht des Rechtsstaates.

Wegen des Populismus ist es schwerer, stabile Regierungen zu bilden.
Wir sagen: In Berlin hat es trotzdem geklappt.
Dort haben die Parteien eine gemeinsame Erklärung unterschrieben. Darin distanzieren sie sich von Hass auf Jüdinnen und Juden und von

Menschenfeindlichkeit.
Außerdem gibt es eine Regel: Wer antisemitisch spricht, kann aus der Fraktion ausgeschlossen werden. Eine Fraktion ist die Gruppe der Abgeordneten einer Partei im Parlament.
Wir sehen das als gutes Vorbild.

Die Delegierten verlangen von der Parteispitze: Wenn die Grünen künftig im Bund mitregieren, sollen zwei Bedingungen gelten. Das gilt zum Beispiel bei einer Regierung mit der CDU oder der Linken.
Gemeinsame Werteerklärung: Vor dem Koalitionsvertrag müssen alle Parteien eine verbindliche Erklärung unterschreiben. Darin sagen sie klar, dass sie gegen Antisemitismus, Rassismus und jede Menschenfeindlichkeit sind.
Folgen bei Verstößen: Abgeordnete einer Koalitionspartei sollen aus ihrer Fraktion ausgeschlossen werden, wenn sie immer wieder rassistische, antisemitische oder menschenfeindliche Dinge sagen. Vorher soll es Verwarnungen geben.
Ziel
Wir wollen ihren Werten treu bleiben. Gleichzeitig wollen wir Verantwortung übernehmen und stabile, demokratische Regierungen möglich machen, auch wenn die Gesellschaft stärker gespalten

Begründung

Die Vereinbarung in Berlin:

https://gruene.berlin/fileadmin/user_upload/Berliner_Vereinbarung_zum_Start_der_--Sondierungen.pdf

Zu unseren Werten findet sich hier alles:

20250318_Regierungsprogramm_DIGITAL_DINA5.pdf

https://cms.gruene.de/uploads/assets/BUENDNIS-90-DIE-GRUENEN_Grundsatzprogramm.pdf

weitere Antragsteller*innen

Willi Junga (KV Berlin-Kreisfrei); Heiko Schaller (KV Berlin-Lichtenberg); Vivien Bohm (KV Berlin-Mitte); Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln); Matti Stockmann (KV Nürnberg-Stadt); Tabea Schoch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Teresa Krause (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Dennis Franz (KV Berlin-Pankow); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Milan Bachmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Beate Bruker (KV Berlin-Neukölln); Chantal Münster (KV Berlin-Kreisfrei); Mario Faust-Scalisi (KV Berlin-Pankow); Carola Scheibe-Köster (KV Berlin-Neukölln); Bogusz Schmidt (KV Berlin-Reinickendorf); Tilmann Schade (KV Berlin-Pankow); Tobias Jahn (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg); sowie 76 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.